



Alternativantrag

der Fraktionen von **CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP**

zu „Verbesserung der Situation der Wohnungslosen in Schleswig-Holstein“ (Drs. 19/300)

Beratungsangebote für Wohnungslose unterstützen - Wohnungsmarkt entspannen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung, die Kommunen darin zu unterstützen, Unterbringungs- und Beratungsangebote für Wohnungslose weiterzuentwickeln.
2. Städte und Gemeinden müssen zusätzliche Flexibilität bei der Schaffung von Wohnraum erhalten.
3. Auch die soziale Wohnraumförderung ist eine tragende Säule der Sicherung der Bezahlbarkeit von Wohnraum. Menschen ohne ausreichende Bonität sollen dabei berücksichtigt werden zum Schutz vor Obdachlosigkeit.
4. Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung ferner, den Bund bei seinen Bestrebungen zu unterstützen, eine bundesweite Wohnungslosenstatistik einzuführen.

Werner Kalinka
und Fraktion

Marret Bohn
und Fraktion

Dennys Bornhöft
und Fraktion

Begründung:

Die Leistungen der Beratungsstellen für Wohnungslosenhilfe werden seit Jahren unverändert hoch in Anspruch genommen. Dabei zeigt sich, dass durch eine rechtzeitig einsetzende Beratung ein Wohnungsverlust fast immer vermieden werden kann. Dieses ist zum Wohle des Betroffenen und beugt darüber hinaus erheblichen sozialen Folgekosten vor.

Die Faktoren, die zur Wohnungslosigkeit führen sind äußerst facettenreich, deswegen gibt es keine einfachen Lösungskonzepte. Der Wohnungsmarkt muss entspannt werden, indem die Schaffung neuen Wohnraums erleichtert wird. Zur Wohnungslosigkeit liegen für Schleswig-Holstein und auch bundesweit keine belastbaren Zahlen vor. Bisher bestehen allein Schätzungen. Es müssen jedoch belastbare Zahlen vorliegen, um die Gründe für den Wohnungsverlust überhaupt wissenschaftlich aufarbeiten zu können.